

## **Bericht über die Frühjahrstagung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee unter dem Vorsitz des Bundeslandes Bayern**

### **40. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee vom 15. März 2013**

Am 15. März 2013 trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter der Parlamentarier-Konferenz Bodensee (PKB) in München, im Bayerischen Landtag, zur halbjährlichen Konferenz. Unter der Leitung des Landtagsvizepräsidenten nahmen die parlamentarischen Delegationen der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Vorarlberg sowie der Kantone Zürich, Schaffhausen, Thurgau, St.Gallen, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden und des Fürstentums Liechtenstein teil.

An der Frühjahrssitzung standen neben der Europäischen Strategie für den Alpenraum auch die Themen Verkehrspolitik, Energiewende und die Fangrückgänge bei Bodenseefischen auf der Agenda. Bayerns Europaministerin Emilia Müller lieferte in einem Impulsreferat eine Übersicht über das Projekt Europäische Alpenraumstrategie. Ziel sei es, die nationalen Regierungen zur Unterstützung einer makroregionalen Alpenstrategie zu gewinnen. «Für uns hier ist der Alpenraum allgegenwärtig – weiter im Norden sieht das bereits anders aus», sagte Müller und nannte die Alpenregion «die Herzkammer Europas». Es gebe viele wichtige Projekte in der Alpenregion, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit erforderten, vor allem beim Verkehr. Als Beispiele nannte Müller den Ausbau der Bahnstrecke Zürich–München und den Brenner-Basistunnel. Aber auch im Bereich der Energieversorgung seien transnationale Konzepte für Gewinnung, Speicherung und Verteilung von Energie notwendig. Grösstes Anliegen der Parlamentarier war, das kam schnell zum Ausdruck, der Verkehr. Die Teilnehmenden verabschiedeten dazu eine Resolution: Die Parlamentarier der Bodensee-Anrainer haben bereits im Jahr 2005 in einer Resolution ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, dass die Ertüchtigung der Bahnstrecke München–Lindau als süddeutsche Zulaufstrecke zum Bodenseeraum und zur NEAT weiter auf sich warten lässt, obwohl der Bedarf unabweisbar ist. Die Vertragspartner Bundesrepublik Deutschland, Freistaat Bayern und Deutsche Bahn AG werden aufgefordert, schnellstmöglich eine Lösung der Finanzierungslücke zu finden und sicherzustellen, dass die Strecke bis spätestens im Jahr 2020 in Betrieb genommen werden kann.

Eine zweite Resolution beschäftigte sich ebenfalls mit Verkehrsfragen: Menschen mit Behinderung sowie deren Begleitpersonen sollen den Bootsverkehr auf dem Bodensee – nach dem Modell Überlinger See – kostenlos nutzen dürfen.

Als Beispiel für die Komplexität der Themen diente die Diskussion um die Fangrückstände im Bodensee, die für die Fischer vor Ort mittlerweile existenzbedrohend seien, wie der bayerische Landtagsabgeordnete Eberhard Rotter warnte. Ein unauflösbares Dilemma, wie sich im Laufe der anschliessenden Debatte offenbarte. Alle Anrainer hatten in der Vergangenheit alles getan, um das Wasser des Bodensees möglichst sauber zu bekommen – schliesslich dient das Gewässer rund 5,5 Millionen Anwohnern als Trinkwasser-Reservoir. Nun ist das Wasser dadurch womöglich zu nährstoffarm geworden, weshalb den Fischen das Futter ausgeht und den Fischern wiederum der Fang ertrag. Nur, soll man jetzt davon absehen, das Wasser so sauber wie irgend möglich zu halten? Es gebe keine verbindlichen Richtwerte, wie viel Phosphor beispielsweise nötig sei für einen ausreichenden Fischbestand, ohne dabei für die Menschen bedenklich zu sein. Nicht zuletzt würden gerade die Kommunen gewaltige Summen in die technische Aufrüstung von Kläranlagen investieren – da ist die Frage, ob Wasser zu sauber sein könne, natürlich nicht so leicht vermittelbar. Die Parlamentarier-Konferenz gelangt nun an die IBK, die diese Thematik beleuchten und Lösungsvorschläge machen soll.

Alle Referate, Protokolle, Medienmitteilungen und weitere Informationen zur Tagung sind auf der Internetseite der Parlamentarier-Konferenz Bodensee abrufbar: <http://bodenseeparlamente.org>.